

Protest mit 100 Fragen

Viele Waldviertler wollen die Schließung des Krankenhauses in Gmünd nicht hinnehmen, sie fordern jetzt Antworten ein. Vor einer Podiumsdiskussion drücken sich die Landespolitiker.

Tamara Schönsgibl von #LKGmündbleibt

Sie sperren uns einfach das Spital zu! Gleichwertigen Ersatz dafür gibt es keinen. Das können und werden wir nicht akzeptieren!

Ängste und Sorgen: Vertreter von #LKGmündbleibt fordern Antworten auf 100 Fragen

Spital in Gmünd soll ohne adäquaten Ersatz gesperrt werden

Gerade kommt in der Steiermark die Idee auf, dass Krankenhausambulanzen den Mangel an Haus- und Fachärzten abfedern sollen – im Waldviertler Gmünd soll hingegen das Spital geschlossen und gewissermaßen eine „Tagesklinik light“ ohne Bettenstation gerade eben mit niedergelassenen Ärzten betrieben werden. Die Einwohner der Region sind empört: In den Nachbarbezirken sollen die Kliniken zwar ausgebaut werden, unterm Strich gibt es dann im Waldviertel dennoch deutlich weniger medizinisches Angebot. Das Gmünder Spital soll ohne adäquaten Ersatz einfach aus der Gesundheitslandschaft gestrichen werden. Wie das konkret aussehen wird, weiß noch keiner, weil der vom Land beschlossene Gesundheitspakt erst von der Landesgesundheitsagentur (LGA) ausgearbeitet werden muss.

Die Stimmung heizte sich in weiterer Folge noch mehr auf, als die LGA – wie berichtet – plötzlich die Teilnahme an einer Diskussionsveranstaltung abgesagt hatte. Die Bürgerinitiative kontert jetzt mit einer speziellen Protestaktion: „Warum werden ärztliche Bewerbungen nicht berücksichtigt? Wird die Personalknappheit bewusst verstärkt, um eine Schließung zu rechtfertigen?“, lauten nur zwei der 100 Fragen mit reichlich Explosionskraft, die nun an Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, Spitalslandesrat Ludwig Schleritzko, sämtliche Fraktionschefs der Landtagsparteien und den NÖ-Spitalsbetreiber gesendet wurden. Bei einer Diskussion der Stadt Gmünd am 8. Juli werden sich die LGA-Vorstände Elisabeth Bräutigam und Bernhard Kadlec nun doch noch in die „Höhle des Löwen“ wagen, um Rede und Antwort zu stehen.

Jene allerdings, die den Gesundheitspakt politisch abgesegnet haben, scheuen nach wie vor die Konfrontation mit den Bürgern: „Kein Regierungsmitglied aus dem Gesundheitspakt wird an der Diskussion teilnehmen“, heißt es aus dem Büro Schleritzko.

René Denk